

Keine Gesprächsbereitschaft

Große Demonstration von „Pro Hund“ in Philippsburg

Philippsburg (BNN). Dem Ruf des Vorstandes von „Pro Hund“ Philippsburg, gegen die ihrer Ansicht nach unbegründete und unsoziale Verdoppelung der Hundesteuer im Vorfeld einer Gemeinderatssitzung der Stadt Philippsburg auf die Straße zu gehen und ihrer Meinung Nachdruck zu verleihen, war eine große Anzahl von Bürgern gefolgt. So konnte der erste Vorsitzende von „Pro Hund“, Carsten Walther, auf dem Alten Messplatz beim TV-Heim am Ortsrand von Philippsburg über 120 Teilnehmer begrüßen, die mit einer Vielzahl von Transparenten und Plakaten ihren Unmut über die Entscheidung des Gemeinderates, die Hundesteuer um 100 Prozent zu erhöhen, deutlich zum Ausdruck brachten.

Der Widerstand der Mitbürger richtet sich jedoch mittlerweile nicht nur mehr gegen die neuen Steuersätze, sondern auch gegen die Gemeinderatsfraktionen und deren Vorsitzende, die es – im Gegensatz zum Bürgermeister – nach wie vor kategorisch ablehnen, mit dem Vorstand von „Pro Hund“ zu dem Thema überhaupt ins Gespräch kommen zu wollen, heißt es aus den Reihen des Aktionsbündnisses.

Auch der aktuelle Vorschlag von „Pro Hund“, die Verdoppelung wieder zurückzunehmen und die Hundesteuer über mehrere Jahre hinweg auf ein angemessenes Niveau anzuheben und an sozialen Gesichtspunkten orientierte geringere Sätze generell zuzulassen,

stelle für die Fraktionsvorsitzenden der CDU und der SPD nach wie vor keinen Ausgangspunkt dar, in Gesprächen einen kommunalpolitisch sinnvollen Kompromiss zu finden.

Der sich am Mittwoch um 18 Uhr über die Söternstraße und Rote-Tor-Straße in Richtung Innenstadt in Bewegung setzende Demonstrationzug erregte bei einer Vielzahl Philippsburger Bürger besondere Aufmerksamkeit und wurde von der Polizei zum Innenhof des Rathauses geleitet. Dort war es den Demonstranten wie beabsichtigt möglich, die zu ihrer Gemeinderatssitzung eintreffenden Ratsmitglieder zum Teil persönlich, zum Teil durch laute Sprechchöre zu „begrüßen“ und ihr Unverständnis über die Entscheidung vom letzten Dezember und die generelle Verweigerungshaltung der Fraktionen zum Ausdruck zu bringen.

Wünschenswert wäre es gewesen, dass Bürgermeister Stefan Martus das Gespräch mit den demonstrierenden Hundehaltern gesucht hätte, teilte „Pro Hund“ mit. Wesentlich enttäuschender sei die Aussage des CDU-Fraktionsvorsitzenden Hans Gerd Coenen gegenüber den Vorständen von „Pro Hund“, dass seine Fraktion erst dann gesprächsbereit sei, wenn die beim Verwaltungsgericht Karlsruhe anhängigen Klagen der beiden Vorstände von „Pro Hund“ gegen die Hundesteuerbescheide und -satzung zurückgenommen würden.